

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung
am Donnerstag, dem 10.09.2026

Sitzungsort: Rathaus Lemwerder (Ratssaal)

Beginn: 18:30 Uhr

- öffentlich -

Ende: 19:04 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ratsherr Wolf Rosenhagen

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Christina Winkelmann

Mitglieder

Ratsherr Werner Ammermann

Ratsherr Jörg Bade

Ratsfrau Monika Drees

Ratsherr Karsten Haye-Warfelmann

Ratsherr Harald Helling

Ratsfrau Bianka Ludwig

Ratsherr Borchert Meyer

Ratsfrau Brigitta Rosenow

ab 18.33 Uhr anwesend

Ratsherr Michael Ruminski

Ratsherr Harald Schöne

Ratsherr Thorben Schöne

Ratsherr Sven Schröder

Ratsherr Frank Schwarz

Ratsfrau Antje Warnken

Ratsherr Rainer Wohlers

Protokollführer

Henrik Kroog

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter 4 Dennis Paack

Fachbereichsleiter 3 Sven Warns

Fachbereichsleiterin 1 Jutta Zander

Abwesend:

Mitglieder

Ratsfrau Viktoria Heller

Ratsherr Meinrad-Maria Rohde

Ratsfrau Tanja Sudbrink

Ratsherr Jan Olof von Lübken

Öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung
 - 1.1** der ordnungsgemäßen Einladung
 - 1.2** der Beschlussfähigkeit
 - 1.3** der Tagesordnung
- 2** Sachstand zum Haushalt 2026
 - 2.1** Finanzzwischenbericht zum 31.08.2026
 - 2.2** Antrag der FDP-Fraktion vom 25.07.2026; hier Finanzzwischenbericht zur Entwicklung der Gewerbesteuerereinnahme 2026
Vorlage: FB 3/017/2026
- 3** Weitere Beratung: Antrag der Fraktionen SPD, FDP, UWL, Bündnis90/Die Grünen vom 21.04.2026; hier: Grundsatzbeschluss zur Sicherstellung kommunaler Wertschöpfung bei Energieprojekten in der Gemeinde Lemwerder nach Vorliegen der NSGB-Stellungnahme
Vorlage: FB 4/009/2026
- 4** Sachstand Grundschule
- 5** Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren
- 6** Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Rosenhagen, eröffnet um 18.30 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

1.1 der ordnungsgemäßen Einladung

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist allen Ausschussmitgliedern fristgerecht zugegangen. Wortmeldungen hierzu werden nicht abgegeben.

1.2 der Beschlussfähigkeit

An der heutigen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung nehmen 16 von 20 Ratsmitgliedern teil. Der Ausschuss ist damit gemäß § 65 NKomVG beschlussfähig.

1.3 der Tagesordnung

Der Vorsitzende Rosenhagen führt aus, dass ihm der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Ratsherr Ruminski, mit E-Mail vom 09.09.2026 mitgeteilt hat, dass der Tagesordnungspunkt 3 „Weitere Beratungen; Antrag der Fraktionen SPD, FDP, UWL und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.04.2026: Grundsatzbeschluss zur Sicherstellung

kommunaler Wertschöpfung bei Energieprojekten in der Gemeinde Lemwerder nach Vorliegen der NSGB-Stellungnahme“ nach Rücksprache mit allen beteiligten Fraktionen von der Tagesordnung genommen werden soll.

Der Vorsitzende erkundigt sich bei Ratsherrn Ruminski, ob es zutreffend ist, dass der unter dem vorgenannten Tagesordnungspunkt aufgeführte Antrag zurückgenommen wird und die Angelegenheit damit als erledigt angesehen werden kann.

Ratsherr Ruminski bestätigt die Ausführungen des Vorsitzenden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich zunächst nicht. Der Vorsitzende leitet daraufhin die Abstimmung über die geänderte Tagesordnung ein.

Vor Beginn der Abstimmung stellt Ratsherr H. Schöne um 18:32 Uhr einen Antrag nach § 8 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften.

Er führt aus, dass der Vorsitzende zutreffend mitgeteilt hat, dass der Antrag zu Tagesordnungspunkt 3 zurückgenommen wurde. Nach seiner Auffassung ist über die Änderung der Tagesordnung nicht abzustimmen. Es sei lediglich festzustellen, dass sich die Tagesordnung ändert. Eine Abstimmung sei daher nicht erforderlich.

Der Vorsitzende Rosenhagen führt aus, dass er in seiner Funktion als Sitzungsleiter entscheidet, ob diese Abstimmung durchgeführt wird.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Anschließend erfolgt die Abstimmung.

Der Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung beschließt mehrheitlich, die Sitzung nach der geänderten Tagesordnung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	14*
Nein:	0
Enthaltung:	0

*14 Stimmen = alle anwesenden Ratsmitglieder, außer Ratsherr H. Schöne
(Ratsfrau Rosenow ist noch abwesend)

Bürgermeisterin Winkelmann hat das Wort, wendet sich an Ratsherrn H. Schöne und erkundigt sich, ob es zutreffend ist, dass dieser nicht an der Abstimmung teilnimmt.

Ratsherr H. Schöne bejaht dies und bittet darum, im Protokoll festzuhalten, dass die Abstimmung aus seiner Sicht nicht erforderlich ist.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass eine Abstimmung stattgefunden hat und die Tagesordnung geändert wurde. Anschließend erläutert er die sich daraus ergebende Reihenfolge der Tagesordnungspunkte.

Das Abstimmungsergebnis umfasst daher 14 von 15 möglichen Stimmen.

Die Sitzung wird nach der geänderten Tagesordnung durchgeführt.

2 Sachstand zum Haushalt 2026

2.1 Finanzzwischenbericht zum 31.08.2026

Zu Beginn der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt betritt Ratsfrau Rosenow um 18:33 Uhr den Sitzungsraum. Damit erhöht sich die Anzahl der stimmberechtigten Ausschussmitglieder auf 16.

Der Vorsitzende, Ratsherr Rosenhagen, führt aus, dass unter Tagesordnungspunkt 2.2 ein Antrag der FDP-Fraktion vom 25.07.2026 beraten werden soll. Er erkundigt sich beim Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Ratsherrn H. Schöne, ob dieser vor Beginn der Beratungen noch einmal das Wort ergreifen möchte.

Ratsherr H. Schöne meldet sich daraufhin zu Wort und bedankt sich bei dem Kämmerer, Herrn Warns, dafür, dass die von ihm in der Sitzung vorgestellte Präsentation den Ausschussmitgliedern bereits mit der Sitzungseinladung übersandt worden ist. Dadurch habe ausreichend Zeit zur Vorbereitung bestanden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Kämmerer Warns gibt anhand der vorliegenden Präsentation einen Finanzzwischenbericht mit dem Stichtag 31.08.2026.

Kämmerer Warns, erläutert den vorliegenden Finanzzwischenbericht. Dieser gibt Auskunft über die Aufwendungen und Erträge. Dargestellt wird der Planansatz für das gesamte Haushaltsjahr 2026. Diesem werden die Ist-Zahlen mit Stand vom 31.08.2026 gegenübergestellt.

Im Bereich der ordentlichen Erträge stellt Kämmerer Warns fest, dass sich die Gemeinde insgesamt planmäßig entwickelt. Auffällig ist insbesondere die Position „Steuern und ähnliche Abgaben“. Hier beträgt die Abweichung zwischen dem Planansatz und den Ist-Zahlen 11.769.223,40 Euro.

Kämmerer Warns erläutert, wie sich die Position „Steuern und ähnliche Abgaben“ zusammensetzt. Hierzu zählen die Grundsteuer A und B, die Gewerbesteuer, die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer, die Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer sowie die Vergnügungs- und Hundesteuer.

Bei einer Betrachtung der genannten Ertragspositionen ist festzustellen, dass sich die Erträge überwiegend im Bereich des Planansatzes bewegen.

Bei den Gewerbesteuereinnahmen ist jedoch eine deutliche Abweichung festzustellen. Den Ist-Einnahmen in Höhe von 3.888.116,08 Euro steht ein Planansatz in Höhe von 13.100.000,00 Euro gegenüber. Daraus ergibt sich eine Abweichung in Höhe von 9.211.883,92 Euro.

Anschließend erläutert Kämmerer Warns die Aufwendungen. Auch in diesem Bereich entwickelt sich die Gemeinde nach seiner Einschätzung insgesamt planmäßig.

Bei der Position 15 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ besteht eine deutliche Differenz zwischen dem Planansatz und den Ist-Zahlen. Kämmerer Warns erklärt, dass der Haushalt für das Jahr 2026 derzeit noch nicht wirksam ist. Daher können bestimmte Anschaffungen noch nicht durchgeführt werden.

Bei der Position 16 „Abschreibungen“ ist bislang kein Betrag ausgewiesen. Kämmerer Warns führt aus, dass für die Abschreibungen und die Anlagenbuchhaltung externe Unterstützung in Anspruch genommen wird. Der beauftragte externe Dienstleister stellt die entsprechenden

Zahlen erst zum Jahresende bereit. Sobald die Daten vorliegen, werden sie in den folgenden Finanzbericht aufgenommen.

Zu den Ausführungen ergeben sich keine Wortmeldungen.

Aufgrund des sachlichen Zusammenhangs der beiden Tagesordnungspunkte leitet Kämmerer Warns anschließend zum Tagesordnungspunkt 2.2 „Antrag der FDP-Fraktion vom 25.07.2026: Finanzausschussbericht zur Entwicklung der Gewerbesteuererträge 2026“ über.

2.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 25.07.2026; hier Finanzausschussbericht zur Entwicklung der Gewerbesteuererträge 2026 Vorlage: FB 3/017/2026

Kämmerer Warns nimmt auszugsweise zu den im Antrag der FDP-Fraktion formulierten Fragen Stellung. Im Vorfeld der Sitzung hat er die drei Fragen bereits ausführlich beantwortet und diese Antworten an die Ratsmitglieder übersandt.

Zur Frage 2 „Wie beurteilt die Verwaltung auf Grundlage der derzeit vorliegenden Erkenntnisse die weitere Entwicklung der Gewerbesteuererträge im zweiten Halbjahr 2026?“ führt Kämmerer Warns aus, dass sich die Gemeinde derzeit in Abstimmung mit den in Lemwerder ansässigen Unternehmen und den zuständigen Finanzämtern befindet. Einzelne Daten, Namen und Beträge können aufgrund des Steuergeheimnisses jedoch nicht genannt werden.

Kämmerer Warns erläutert, dass das Verfahren zur Festsetzung und Erhebung der Gewerbesteuer durch das Finanzamt durchgeführt wird. Die Unternehmen reichen ihre Steuererklärungen beim Finanzamt ein. Das Finanzamt führt anschließend das Besteuerungsverfahren durch. Nach dessen Abschluss kann die Gemeinde die Gewerbesteuer entsprechend vereinnahmen. Insoweit besteht eine Abhängigkeit vom Finanzamt.

Die Verwaltung hält den im Haushaltsplan 2026 veranschlagten Gewerbesteueransatz in Höhe von 13.100.000,00 Euro weiterhin für erreichbar. Nach den derzeit vorliegenden Informationen ist der Planansatz weiterhin realistisch. Kämmerer Warns weist erneut darauf hin, dass die Gemeinde vom Fortgang des Durchführungsverfahrens durch das Finanzamt abhängig ist. Nach Abschluss des Verfahrens ist aufgrund noch zu erwartender höherer Gewerbesteuererträge weiterhin mit dem Erreichen des Planansatzes zu rechnen.

Die Bürgermeisterin führt derzeit Abstimmungsgespräche mit dem Finanzamt und den betreffenden Unternehmen. Die Verwaltung erwartet daher im vierten Quartal 2026 entsprechende positive Bescheide vom Finanzamt, um weiteres zu veranlassen.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich Wortmeldungen:

Ratsherr H. Schöne nimmt Bezug auf Frage 1 des von der FDP-Fraktion eingebrachten Antrags: „Wie hoch sind die bisher vereinnahmten beziehungsweise veranlagten Gewerbesteuererträge zum Stichtag 31.07.2026?“

Er erkundigt sich, ob bereits Gewersteuerbeträge veranlagt sind, die von den Unternehmen bislang noch nicht an die Gemeinde gezahlt wurden. Zudem erläutert er kurz das der Gewerbesteuererhebung zugrunde liegende Verfahren.

Kämmerer Warns führt hierzu aus, dass der im Bericht ausgewiesene Betrag in Höhe von 3.888.116,08 Euro nicht mehr dem aktuellen Stand entspricht. Zwischenzeitlich haben sich die Einnahmen erhöht und bewegen sich zunehmend in Richtung des Planansatzes.

Darüber hinaus liegen der Gemeinde noch Bescheide des Finanzamtes vor, die noch in das Veranlagungsverfahren der Gemeinde übernommen werden müssen. Für die in diesen Bescheiden ausgewiesenen Beträge sind bislang noch keine Zahlungseingänge bei der Gemeinde zu verzeichnen. Die Entwicklung wird insgesamt als positiv eingeschätzt.

Die genaue Höhe der zu erwartenden Gewerbesteuereinnahmen kann derzeit nicht genannt werden, da den zusätzlichen Gewerbesteuereinnahmen noch eine Rückforderung gegenübersteht, die ebenfalls zu berücksichtigen und zu erfüllen ist.

Ratsherr H. Schöne stellt eine Nachfrage zur Grundsteuer B. Der Planansatz für die Grundsteuer B beträgt 1.600.000,00 Euro. Nach dem Finanzzwischenbericht sind bis zum Stichtag 1.004.291,49 Euro eingegangen. Dieser Betrag umfasst bereits die Zahlungseingänge der ersten drei Quartale des Jahres 2026. Für das vierte Quartal steht somit noch die im November erwartete Zahlung aus. Nach derzeitiger Einschätzung ist mit weiteren Einnahmen in Höhe von etwa 300.000,00 Euro zu rechnen.

Ratsherr H. Schöne stellt fest, dass der Planansatz bei Addition der bisher eingegangenen und der noch erwarteten Einnahmen voraussichtlich nicht erreicht wird. Er erkundigt sich, ob aus den ersten drei Quartalen noch Rückstände oder Nachzahlungen ausstehen, durch die der Planansatz möglicherweise doch erreicht werden kann.

Kämmerer Warns erklärt, dass der Planansatz in Höhe von 1.600.000,00 Euro möglicherweise nicht erreicht wird. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans wurden andere Berechnungsgrundlagen angewendet. Zudem ist die Grundsteuer inzwischen reformiert worden. Der Planansatz wurde daher unter diesen Rahmenbedingungen gebildet. Es ist wie erwähnt jedoch möglich, dass die tatsächlichen Einnahmen hinter dem Planansatz zurückbleiben.

Ratsherr Wohlers nimmt das Wort und bringt zum Ausdruck, dass derzeit keine abschließenden Zahlen zu den Gewerbesteuereinnahmen vorliegen. Er weist darauf hin, dass die Vergleichbarkeit der dargestellten Ist- und Planwerte dadurch erschwert wird. Zudem erkundigt er sich, ob neben dem Jahresplan auch eine Planung für einen Zeitraum von acht Monaten sowie eine entsprechende Hochrechnung erstellt werden können.

Kämmerer Warns erklärt, dass eine Gegenüberstellung der Ist-Zahlen mit einer entsprechenden Hochrechnung bei Bedarf nachgereicht werden kann.

Die im Bericht dargestellten Jahreswerte dienen dazu, aufzuzeigen, welche Ergebnisse bis zum Ende des Jahres erreicht werden müssen.

Ratsherr Wohlers erklärt, dass eine auf acht Monate bezogene Planung aus seiner Sicht sinnvoll ist, und bittet darum, diese nachzureichen.

Ratsherr Schwarz weist darauf hin, dass Frau Dickmann vom Institut für Public Management (IPM) in der Sitzung am 27.08.2026 anwesend ist und dort erläutert, dass das von der Finanzverwaltung eingesetzte EDV-System künftig auch unterjährige Berichte ermöglicht. Er erkundigt sich, ob auch die beauftragten externen Dienstleister, beispielsweise der Dienstleister für die Anlagenbuchhaltung, unterjährige Berichte bereitstellen können.

Kämmerer Warns führt hierzu aus, dass das Ziel in der Erstellung monatlicher Berichte besteht. Hierzu sind noch weitere Abstimmungen mit den externen Dienstleistern erforderlich. Derzeit ist eine Berichterstattung durch die Dienstleister nur einmal jährlich möglich. Die Verwaltung arbeitet jedoch weiterhin daran, eine monatliche Berichterstattung zu ermöglichen.

Ratsfrau Rosenow nimmt ebenfalls Stellung. Sie weist darauf hin, dass die bei den Gewerbesteuerereinnahmen ausgewiesene Abweichung in Höhe von 9.211.883,92 Euro erheblich ist. Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre sei jedoch bekannt, dass zum Jahresende noch weitere Zahlungseingänge zu verzeichnen sind. Sie zeigt sich daher zuversichtlich, dass der Planansatz noch erreicht werden kann.

Ratsherr Ammermann führt aus, dass der Planansatz für die Gewerbesteuerereinnahmen in jedem Haushaltsjahr eine besondere Unsicherheit darstellt. Dies liegt darin begründet, dass im Rahmen der Haushaltsplanung nicht verlässlich vorhergesagt werden kann, wie sich die Gewerbesteuerereinnahmen entwickeln. Diese hängen maßgeblich von dem Gewerbeertrag der Unternehmen ab.

Er weist darauf hin, dass es in den vergangenen Jahren sowohl zu einer Übererfüllung als auch zu einer Unterschreitung des jeweiligen Planansatzes gekommen ist.

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Kämmerer Warns erklärt Ratsherr Ammermann, dass er zuversichtlich ist, dass die Planansätze noch erreicht werden. Er begründet dies damit, dass sich Bürgermeisterin Winkelmann derzeit mit den Unternehmen mit den höchsten Gewerbesteuerzahlungen in der Gemeinde abstimmt.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

**3 Weitere Beratung: Antrag der Fraktionen SPD, FDP, UWL, Bündnis90/Die Grünen vom 21.04.2026; hier: Grundsatzbeschluss zur Sicherstellung kommunaler Wertschöpfung bei Energieprojekten in der Gemeinde Lemwerder nach Vorliegen der NSGB-Stellungnahme
Vorlage: FB 4/009/2026**

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt (vgl. Top 1.3.).

4 Sachstand Grundschule

Bürgermeisterin Winkelmann informiert die Anwesenden darüber, dass die Mittagsverpflegung und die Frühaufsicht der Schüler*innen gut angelaufen sind.

Auch im Bereich der Ferienbetreuung läuft alles planmäßig.

Sie unterrichtet darüber, dass die Lenkungsrunde, die sich mit dem Neubau der Grundschule befasst, für Dienstag, den 06.10.2026, eingeladen ist.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

5 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

Mitteilungen der Verwaltung

Seitens der Verwaltung werden folgende Mitteilungen abgegeben:

1. Sanierung der Radwege an der Stedinger Straße (L 885)

Fachbereichsleiter Paack informiert darüber, dass die Sanierung der genannten Radwege begonnen hat. Die Arbeiten sollen bis zum 08.10.2026 abgeschlossen sein. Es handelt sich

um eine Baumaßnahme des Landes Niedersachsen, vertreten durch die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (Kurz: NLStbV).

2. Baustelle „Deichschaart“

Fachbereichsleiter Paack erklärt, dass die von der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr durchgeführte Baumaßnahme bis Ende September 2026 weitgehend abgeschlossen werden soll.

Ab dem 17.09.2026 sollen Asphaltierungsarbeiten durchgeführt werden. Diese dauern voraussichtlich bis zum Beginn der 39. Kalenderwoche.

Im Anschluss sind weitere Arbeiten, beispielsweise Beschichtungsarbeiten an der Dammbodenschwelle, erforderlich.

Derzeit wird davon ausgegangen, dass eine Durchfahrt für PKWs, unter Vorhandensein von geeigneten Witterungsbedingungen während der Baumaßnahmen, ab dem 28.09.2026 möglich ist.

Zu den Mitteilungen ergeben sich keine Wortbeiträge.

Anfragen und Anmerkungen der Ratsfrauen und Ratsherren

1. Baustelle „Breite Fahr“

Ratsherr Bade erkundigt sich, ob es zur Straßenbaustelle „Breite Fahr“ neue Informationen gibt.

Fachbereichsleiter Paack führt hierzu aus, dass es sich um eine Baustelle des OOWV handelt. Daher könne er lediglich allgemeine Informationen geben. Im Rahmen der Maßnahme wird der Abwasserkanal saniert. Wie lange die Arbeiten noch andauern, könne er derzeit nicht sagen.

Da es in einer Arbeitstiefe von ca. 3 Metern zu stärkeren Wasseransammlungen gekommen ist, muss eine Grundwasserabsenkung durchgeführt werden.

Nachträgliche Anmerkung der Verwaltung: Die Baumaßnahme soll laut Auskunft der ausführenden Firma bis Mitte/Ende Dezember 2026 abgeschlossen werden.

2. Förderaufruf der UAN

Ratsherr Bade führt aus, dass die UAN, Stand 01.09.2026, einen Förderaufruf veröffentlicht hat. Kommunen haben die Möglichkeit, fünf Förderungen in Höhe von jeweils 5.000,00 Euro für die Pflanzung neuer Bäume zu erhalten.

Er erkundigt sich, ob das Programm innerhalb der Verwaltung bekannt ist und ob sich die Gemeinde Lemwerder daran beteiligen möchte.

Bürgermeisterin Winkelmann erklärt, dass das Programm sowohl ihr als auch innerhalb der Verwaltung bekannt ist. Ob sich die Gemeinde an dem Programm beteiligt, steht derzeit noch nicht fest.

3. Wahlplakate an den Radwegen der Berner Straße (L 875) und der Stedinger Straße (L 885)

Ratsherr Schwarz teilt mit, dass den Parteien im laufenden Kommunalwahlkampf nicht gestattet wurde, die Laternenmasten entlang der derzeit sanierten Radwege mit Wahlwerbung zu versehen.

Die AfD habe dort dennoch Wahlplakate angebracht. Diese seien bislang nicht entfernt worden.

Fachbereichsleiter Paack führt hierzu aus, dass allen Parteien, einschließlich der AfD, mitgeteilt worden sei, dass die Laternenmasten, die in der kommenden Woche abgebaut werden, nicht mit Wahlplakaten versehen werden dürfen.

Ratsherr Schwarz bringt hierzu nachdrücklich seinen Unmut zum Ausdruck.

Fachbereichsleiter Paack weist nochmals darauf hin, dass die Verwaltung ausdrücklich darauf hingewiesen habe, dass an den genannten Laternenmasten keine Plakate angebracht werden dürfen. Wenn die Laternenmasten in der kommenden Woche entfernt werden, werden die daran angebrachten Plakate ebenfalls entfernt. Der Hinweis habe auch dem Schutz der Parteien gedient, da diese andernfalls den Verlust ihrer Plakate hätten hinnehmen müssen.

Fachbereichsleiterin Zander ergänzt, dass die für diesen Aufgabenbereich zuständige Sachbearbeiterin derzeit nicht anwesend ist und daher Fachbereichsleiter Paack und sie diese Aufgabe übernehmen.

Der Vorsitzende Rosenhagen führt aus, dass auch die CDU bereits Plakate an Stellen angebracht habe, an denen dies nicht zulässig sei. Daraufhin habe die CDU ein entsprechendes Schreiben der Gemeinde erhalten und die erforderlichen Maßnahmen veranlasst.

Er erkundigt sich, ob die Gemeinde kurzfristig ein entsprechendes Schreiben an die AfD versenden könne.

Fachbereichsleiterin Zander erklärt, dass sich die Verwaltung der Angelegenheit annehmen werde.

Ratsfrau Ludwig führt aus, dass die von Ratsherrn Schwarz angesprochenen Plakate mittlerweile nicht mehr angebracht seien.

Ratsherr Schwarz erklärt hierzu, dass er unmittelbar vor der Sitzung an der betreffenden Stelle vorbeigefahren sei und die Plakate zu diesem Zeitpunkt noch dort gehangen hätten.

4. Nachfrage zur Sanierung des „Deichschaarts“

Ratsfrau Ludwig erkundigt sich, ob im Hinblick auf die in der kommenden Woche am „Deichschaart“ stattfindenden Arbeiten noch eine Pressemitteilung veröffentlicht wird. Sie hält dies für erforderlich, da die Fähre während der Arbeiten zeitweise nicht von Kraftfahrzeugen genutzt werden kann.

Bürgermeisterin Winkelmann erklärt, dass sie eine entsprechende Pressemitteilung bereits gesehen habe.

5. Beschluss zur Unterzeichnung des städtebaulichen Vertrags zwischen der SUNVEST GmbH und der Gemeinde Lemwerder

Ratsherr H. Schöne wendet sich an Bürgermeisterin Winkelmann und führt aus, dass er ihr am 04.09.2026 eine E-Mail zu dem oben genannten Beschluss übersandt habe.

Er erkundigt sich, ob aus der Beschlussfassung hervorgeht, dass der städtebauliche Vertrag beschlossen wurde oder ob hierzu noch eine Beschlussfassung des Rates erforderlich ist.

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass der Rat in seiner Sitzung am 25.03.2025 nach Vorberatung im Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung am 13.02.2025 beschlossen habe, dass die weiteren Schritte zur Bauleitplanung durch die Vorbereitung eines städtebaulichen Vertrags durch die Verwaltung erfolgen und den Gremien vorgelegt werden sollen.

In den vergangenen Monaten sei der städtebauliche Vertrag mehrfach in den Ausschüssen beraten worden.

In der entscheidenden Ratssitzung am 27.08.2026 habe der Vertrag allen Ratsmitgliedern in Reinschrift vorgelegen.

Bürgermeisterin Winkelmann führt weiter aus, dass die Unterzeichnung eines städtebaulichen Vertrags nach Vorliegen aller Voraussetzungen ein Geschäft der laufenden Verwaltung darstelle. Dies werde auch bei anderen Projekten entsprechend gehandhabt. Der Vertrag sei daher von ihr unterzeichnet worden.

Ratsherr Wohlers führt aus, dass die UWL-Fraktion in der vergangenen Sitzung nicht anwesend gewesen sei. Wären Vertreter*innen der Fraktion anwesend gewesen, hätten diese gegen den Beschluss gestimmt.

Er erklärt, dass die Unterzeichnung des Vertrags aus seiner Sicht kein Geschäft der laufenden Verwaltung darstelle. Seiner Auffassung nach sei vereinbart worden, dass der Rat der Unterzeichnung zuvor zustimmen müsse. Die hierzu von Bürgermeisterin Winkelmann getroffene Aussage sei daher aus seiner Sicht unzutreffend.

Ratsherr Wohlers führt weiter aus, dass im einstimmig gefassten Beschluss der Ratssitzung vom 27.08.2026 festgehalten sei, dass ein Bebauungsplan mit Änderung des Flächennutzungsplans für einen im weiteren Planungsverfahren noch genau darzustellenden Umring des ehemaligen Flugfeldes Lemwerder aufgestellt wird.

Er zeigt sich verwundert darüber, dass bereits die Aufstellung eines Bebauungsplans und nicht, wie ansonsten üblich, die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens beschlossen worden sei. Es sei nicht davon die Rede gewesen, dass die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens beschlossen werden solle. Er bittet um Klarstellung.

Fachbereichsleiter Paack führt hierzu aus, dass der Aufstellungsbeschluss den Beginn des Bauleitplanverfahrens markiert. Das Bauleitplanverfahren sei im Regelverfahren beschlossen worden. Der nächste Schritt sei der Aufstellungsbeschluss, der durch den Gemeinderat gefasst worden sei.

Der im Beschluss genannte Umring bedeute, dass dieser vor der Beteiligung der Öffentlichkeit nochmals im Gemeinderat vorgestellt werde. Dadurch solle sichergestellt werden, dass der Umring vor der Veröffentlichung des Beschlusses nochmals durch den Gemeinderat zur Kenntnis genommen werde.

Vor der öffentlichen Bekanntmachung werde somit eine entsprechende Information im Gemeinderat erfolgen.

Ratsherr Wohlers erklärt, dass der Rat aus seiner Sicht durch das durchgeführte und vorstehend erläuterte Verfahren „übertölpelt“ worden sei.

Weitere Wortmeldungen seitens der Verwaltung oder der Ratsmitglieder ergeben sich hierzu nicht.

6. Beauftragung eines Unternehmens zur Unterbreitung eines Vorschlags für die Hortgebühren ab dem Jahr 2027

Ratsherr H. Schöne führt aus, dass in einer Ausschusssitzung (genauere Angaben zu Zeit und Art des Ausschusses erfolgen nicht) beschlossen worden sei, ein Unternehmen mit der Ermittlung der Kindertagesstättengebühren für das kommende Jahr zu beauftragen. Diese Sitzung habe vor etwa drei bis vier Monaten stattgefunden.

Da dem Rat hierzu bislang keine Informationen vorliegen, bittet er um einen entsprechenden Sachstandsbericht.

Fachbereichsleiterin Zander erklärt, dass die Verwaltung zu diesem Thema bereits Kontakt zu einem Unternehmen aufgenommen habe. Derzeit stelle die Verwaltung diesem Unternehmen die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung, damit die Berechnung durchgeführt werden könne.

Ziel sei es, die Gebührentabelle im Dezember 2026 zu beschließen. Dadurch sollen Eltern bei der Anmeldung ihrer Kinder im Januar 2027 über die zu erwartenden Kosten informiert sein.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

6 Einwohnerfragestunde

Seitens der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner ergeben sich folgende Wortmeldungen:

Fragen zum Finanzzwischenbericht

Ein Einwohner erkundigt sich nach den im Finanzzwischenbericht dargestellten Personalkosten. Für den veranschlagten Zeitraum von acht Monaten belaufen sich diese auf 4.424.753,20 Euro.

Er führt aus, dass sich bei einer Hochrechnung dieses Betrags auf zwölf Monate Personalkosten in Höhe von etwa 6,6 Millionen Euro ergeben. Der Planansatz betrage hingegen 7.626.000,00 Euro. Er erkundigt sich, ob die Differenz insbesondere aus Weihnachtsgeldzahlungen resultiert oder wie sich der Planansatz zusammensetzt.

Fachbereichsleiterin Zander erklärt, dass dem Planansatz ein 13. Monatsgehalt zugrunde liegt. Unter Berücksichtigung des 13. Monatsgehalts und der krankheitsbedingten Ausfälle entspricht die veranschlagte Summe bis auf eine Differenz von etwa 100.000,00 Euro dem Ansatz.

Der Einwohner führt weiter aus, dass die Abweichungen bei dem Posten „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ noch größer seien. Er erkundigt sich bei Kämmerer Warns, wie der Planansatz in den bis zum Jahresende verbleibenden Monaten noch erreicht werden kann.

Kämmerer Warns erklärt, dass derzeit noch kein finaler Haushalt vorliegt. Die Gemeinde befindet sich daher weiterhin in der vorläufigen Haushaltsführung. Aus diesem Grund konnten bislang noch nicht alle geplanten Projekte und die damit verbundenen Ausgaben durchgeführt werden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Tagesordnungspunkt und die Sitzung werden geschlossen.

Wolf Rosenhagen
Vorsitzender

Christina Winkelmann
Bürgermeisterin

Henrik Kroog
Protokollführer